

Formblatt für Stellungnahmen

für die 2. Konsultation in den Festlegungsverfahren der Beschlusskammern 7 zur Ausgestaltung des Zugangs zu Gasversorgungsnetzen nach dem Urteil des EuGH vom 02.09.2021 (C-718/18)

hier: Festlegung in Sachen Zugangsregelungen für Biogas - ZuBio

(Az: BK7-24-01-010)

Unternehmensname: FNBGas e.V.

Datum der Stellungnahme: 14.02.2025

Eine geschwärzte Fassung der Stellungnahme	lege ich bei	ist nicht erforderlich
<i>Zutreffendes bitte kennzeichnen.</i>		X

Tenziffer des Festlegungsentwurfs	ggf. bezugnehmende Norm der GasNZV	Stellungnahme
Ohne Tenorbezug	§ 33	Die FNB weisen eindringlich darauf hin, dass eine etwaige später erfolgende Aufnahme von Nachfolgeregelungen zu § 33 GasNZV in die Festlegung zu zeitlichen Problemen bei der Anpassung der entsprechenden KOV-Vertragswerke zu Biomethan führen wird. Es ist auch daher unbedingt erforderlich, möglichst zeitnah eine Nachfolgeregelung festzulegen.
Tz. 1 a)	§ 34 Abs. 1 S. 1	Die Fernleitungsnetzbetreiber begrüßen ausdrücklich, dass gemäß Tenorziffer 1. a) des vorliegenden Entwurfstextes der Ein- und Auspeisung sowie dem Transport von Biogas weiterhin Vorrang gegenüber fossilen Aufkommensquellen gewährt werden soll. Dies ist sowohl im Sinne der Signalwirkung für ein Vorankommen bei der Energiewende als auch der Anreizsetzung zur Hebung aller vorhandenen Potentiale für die Dekarbonisierung des Gasmarktes.

Tenorziffer des Festlegungsentwurfs	ggf. bezugnehmende Norm der GasNZV	Stellungnahme
Tz. 1 lit. a) Satz 2	§ 34 Abs. 1 S. 2	In Satz 2 der Tenorziffer wird eine Meldung von Einspeisemengen durch den Netzbetreiber bezüglich der vom Transportkunden übernommenen Biogasmengen vorgesehen. Die genannten Datenübermittlungen betreffen jedoch nicht zwangsläufig den Bereich des Netzzugangs. Die Prozesse werden im Rahmen der KOV in den jeweiligen Vertragsbeziehungen geregelt. Dies geschieht unter Berücksichtigung der verschiedenen Marktrollen und Prozesse. In aktuell definierten Prozessen meldet der Netzbetreiber die Daten an den Transportkunden und an den Marktgebietsverantwortlichen und dieser wiederum an den Bilanzkreisverantwortlichen. Anschlussnehmer haben i.d.R. kein Interesse an der Datenmeldung entsprechend auch nicht an einer automatischen Datenschnittstelle mit dem Netzbetreiber. Der zweite Satz sollte daher entweder gelöscht werden oder lediglich bestimmen, dass die Datenmeldungen im Rahmen der jeweiligen Vertragsbeziehungen in der KOV näher zu regeln sind. Dies ist bereits heute zur Zufriedenheit aller Marktteiligten der Fall.
Tz. 1 lit. b)		Tenor 1. b) bewerten die FNB neutral. Letztlich wird das Recht der Netzbetreiber aus Art. 20 Abs. 2 Satz 2 und Art. 36 Absatz 2 Satz 2 der VO (EU) 2024/1789 zum Angebot fester Kapazitäten näher ausgestaltet, indem die Festlegung KASPAR auch für das Kapazitätsangebot erneuerbarer und kohlenstoffarmer Gase für anwendbar erklärt wird.
Tz. 1 lit. c)		Zwar schränkt die Bezugnahme auf KASPAR die Möglichkeiten aus Art. 20 Abs. 2 Satz 2 und Art. 36 Abs. 2 Satz 2 VO (EU) 2024/1789 dahingehend ein, dass als Kapazitäten, "die betrieblichen Beschränkungen unterliegen" nur bFZK und DZK als Alternative zu FZK in Deutschland zulässig sind. Zum jetzigen Zeitpunkt sehen die FNB keine Notwendigkeit für weitere alternative Kapazitätsprodukte zur Vermarktung von Kapazitäten für erneuerbare und kohlenstoffarme Gase. Außerdem erfüllt das derzeitige DZK-Produkt die spezifischen Anforderungen von Biogaseinspeiseanlagen insofern nicht, als das der Zugang zum VHP unterbrechbar ist und nur der Transport auf einer definierten Strecke auf fester Basis genutzt werden kann. Falls sich die Notwendigkeit in Zukunft im Rahmen der Transformation ändern sollte, empfehlen die FNB den Möglichkeiten aus Art. 20 Abs. 2 Satz 2 und Art. 36 Abs. 2 Satz 2 VO (EU) 2024/1789 dahingehend Rechnung zu tragen, dass in der Festlegung bereits ein Öffner vorgesehen wird, der die Möglichkeit gibt, ein weiteres Kapazitätsprodukt mit betrieblichen Beschränkungen zu entwickeln und von der BNetzA genehmigen zu lassen.
Tz. 1 lit. d)	§ 34 Abs. 2 S. 1 GasNZV	Um das Ziel einer gesamtwirtschaftlich effizienten Dekarbonisierung zu erreichen, sollte die Verweigerung von Biogaseinspeisungen ermöglicht werden, wenn die Realisierung der Einspeisung diesem Ziel entgegensteht. Der Grundstein dafür wurde mit Tenorziffer 1 lit. d) geschaffen. Insbesondere der Begriff der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit sollte sowohl hinsichtlich des Netzanschlusses als auch hinsichtlich des Netzzugangs kongruent näher definiert werden. Bezugnehmend auf § 1 Abs. 2 EnWG, der eine gesamtwirtschaftlich optimierte Energieversorgung fordert, sollten insbesondere folgende Fälle als wirtschaftlich unzumutbar definiert werden:

Tenorziffer des Festlegungsentwurfs	ggf. bezugnehmende Norm der GasNZV	Stellungnahme
		<p>1. Die Gesamtkosten des Anschlusses (Investition und Betrieb über die Laufzeit kumuliert) sind unverhältnismäßig im Verhältnis zum energiewirtschaftlichen Nutzen.</p> <p>2. Der neu beantragte Biomethananschluss befindet sich an einer Leitung, die für die Umstellung auf Wasserstoff vorgesehen ist (insbesondere H₂-Kernnetz). Darüber hinaus muss auch bei Leitungen, über deren Umstellung auf Wasserstoff noch nicht entschieden ist, ein Kündigungsrecht des Anschlusses für den Fall der Umstellung auf Wasserstoff vorgesehen werden.</p> <p>3. Hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Netzanschluss und Netzzugang sollte ebenfalls erwogen werden, bereits vermarktete Kapazitäten downgraden zu dürfen, sofern die Aufnahmefähigkeit eines Teilnetzes im Rahmen der fortschreitenden Netztransformation abnimmt.</p>
Tz. 1 lit. d)	§ 34 Abs. 2 S. 6 GasNZV	<p>Die Flüssiggasbeimischung erfolgt bei Biomethan insbesondere, um den Brennwert nach oben anzupassen, falls der Brennwert des Biogases aus der Anlage nicht ausreicht für eine Einspeisung in die Gasnetze. Ob dies der Fall ist, lässt sich nicht allgemeingültig für sämtliche Anlagen über deren Laufzeit hinweg a priori feststellen, weshalb die Lösung durch die Übernahme des Prüfvorbehaltes aus § 34 Abs. 2 S. 6 GasNZV in ZuBio wie durch die BNetzA vorgesehen, erfolgen kann.</p>
Ohne Regelung im Tenor, vgl. S. 9 (a)	Keine Überführung der § 34 Abs. 2 S. 2 bis S. 4 GasNZV	<p>Die FNB stimmen zu, die Regelungen des § 34 Abs. 2 S. 2 bis S. 4 GasNZV nicht in die geplante Festlegung zu übernehmen. Neben der bereits gelieferten Begründung (Wertungswiderspruch zu Art. 20 Abs. 2 VO (EU) 2024/1789, nach dem bereits aus Gründen der wirtschaftlichen Effizienz bedingte Kapazitätsprodukte angeboten werden dürfen) spricht hierfür insbesondere die Regelungssystematik des Art. 38 RL (EU) 2024/1788. Dieser öffnet mehr Gestaltungsmöglichkeiten, als das bisherige System der GasNZV vorsieht. Nach dem bisherigen System dürfen Netzbetreiber den Netzzugang bei Kapazitätsengpässen nicht verweigern (obwohl schon die Vorgängerregelung Art. 35 Abs. 1 RL 2009/73/EU dies zugelassen hätte), § 34 Abs. 2 S. 2 GasNZV. Sie müssen ferner "alle wirtschaftlich zumutbaren Maßnahmen zur Erhöhung der Kapazität im Netz durchführen", § 34 Abs. 2 S. 3 GasNZV, um die benötigten Kapazitäten darzustellen. Art. 38 Abs. 1 VO (EU) 2024/1789 lässt eine Netzzugangsverweigerung bei Kapazitätsengpässen ausdrücklich zu, Absatz 2 stellt aber geringere Anforderungen an den Netzausbau, indem der erforderliche Ausbau unter den Vorbehalt gestellt wird, dass "dies wirtschaftlich vertretbar ist". Die Begrifflichkeiten "wirtschaftlich zumutbar" stellen auf die individuelle Leistungsfähigkeit des Betroffenen ab, "wirtschaftlich vertretbar" sollte aus Sicht der FNB im Sinne einer Kosten-Nutzen-Analyse verstanden werden. Zudem enthält Art. 38 Abs. 2 die Einschränkung "unbeschadet unionsweiter und nationaler Dekarbonisierungsziele". Auch dies eröffnet dem nationalen Gesetzgeber Umsetzungsspielraum, der genutzt werden sollte.</p>

Tenorziffer des Festlegungsentwurfs	ggf. bezugnehmende Norm der GasNZV	Stellungnahme
Ohne Regelung im Tenor, S. 10 (e)	Nichtaufgreifen des Vorschlages, den netzbetreiberübergreifenden Variantenvergleich als festen Bestandteil der Netzananschlussprüfung vorzusehen	<p>Die FNB bedauern, dass die Bundesnetzagentur nicht bereits jetzt die Gelegenheit ergreift, den netzbetreiberübergreifenden Variantenvergleich als festen Bestandteil der Netzananschlussprüfung aufzunehmen. Die FNB sind nach wie vor der Meinung, dass der geforderte Variantenvergleich auf Basis von Plankostenansätzen volkswirtschaftlich sinnvoll ist und daher rechtssicher festgelegt werden sollte. Im Ergebnis stimmen die FNB zwar zu, dass eine Regelung des Netzan schlusses aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung insbesondere der Umsetzung des Art. 38 der RL (EU) 2024/1788 durch den Gesetzgeber zu einer breiteren demokratischen Legitimation führen würde. Der Begründung, dass insbesondere § 17 Abs. 4 EnWG als Kompetenz für eine Nachfolgeregelung des § 33 GasNZV nicht ausreiche, stimmen die FNB jedoch nicht zu. § 17 Abs. 4 Satz 1 EnWG erlaubt der Bundesnetzagentur ausdrücklich, Vorgaben für die technischen und wirtschaftlichen Bedingungen für den Netzananschluss festzulegen, von den bestehenden Verordnungen abzuweichen oder ergänzende Regelungen zu treffen. Nach Satz 2 umfasst dies sogar Vorgaben zu den Anschlusskosten. Diese Vorgaben in § 33 Abs. 1 GasNZV sind wesentlicher Bestandteil des heutigen Systems der Biomethanförderung in Deutschland. Darüber hinaus befinden sich die Regelungen zum Einspeiseentgelt und der Kostentragung in den §§ 20a und 20b der GasNEV. Die Anpassung der GasNEV (in eine GasNEF-Festlegung) wurde seitens der Großen Beschlusskammer der Bundesnetzagentur im Rahmen des NEST Projektes bereits angekündigt. Damit hat der Gesetzgeber alle nötigen Befugnisse bereits vor Erlass der neuen EU-Richtlinie an die Bundesnetzagentur übertragen, so dass ihr eine Regelung durchaus möglich wäre. Allerdings bestünde die Gefahr, dass sie die Regelung sehr zeitnah wieder zurücknehmen müsste in Abhängigkeit der Umsetzung der Verweigerungsgründe des Art. 38 Abs. 4 der RL (EU) 2024/1788 durch den Gesetzgeber. Ein solches Hin- und Her in zu erwartender kurzer zeitlicher Abfolge würde aus Sicht der Fernleitungsnetzbetreiber zu noch mehr Rechtsunsicherheit führen, als ohnehin schon hinsichtlich der Anschlussförderung von Biomethan besteht. Insofern ist das geschilderte Vorgehen durchaus nachvollziehbar.</p>
Ohne Regelung im Tenor	Biogaskostenwälzung	<p>Die Bundesnetzagentur legt in Rz. 288 ff. des Beschlussentwurfes zu REGENT 2026 dar, dass sie nicht beabsichtigt, die Biogasumlage weiterhin als Systemdienstleistung im Sinne des Art. 4 VO (EU) 2017/460 (NC TAR) einzustufen. Die FNB plädieren für eine der Rz. 287 entsprechende, abschließende Aussage zur grundsätzlichen Zulässigkeit und Fortführung der Biogasumlage und nicht nur hinsichtlich der in der Kooperationsvereinbarung Gas (im Folgenden: KoV) geregelten Modalitäten.</p> <p>In Rz. 289 wird auf die nationalen verordnungsrechtlichen Grundlagen der Biogaskostenwälzung in § 20b GasNEV hingewiesen sowie auf die nähere Ausgestaltung in der KoV, die ihrerseits hinsichtlich der "Modalitäten der Umlage" nicht auf rechtliche Bedenken stoße. Dabei wird jedoch nicht berücksichtigt, dass die Biogasumlage – anders als die in Rz. 282 ff. behandelte Marktraumumstellungsumlage – nicht im EnWG abgesichert ist und dass die GasNEV, die nur noch bis 31.12.2027 gilt, auf die Vorschriften der GasNZV verweist. Diese Verweise in § 20b GasNEV laufen ab 01.01.2026 leer, so dass derzeit selbst für Bestandsanlagen unklar ist, ob die Biogasumlage weiterhin erhoben werden darf. Der</p>

Tenorziffer des Festlegungsentwurfs	ggf. bezugnehmende Norm der GasNZV	Stellungnahme
		<p>Prozess zur Berechnung der Biogasumlage startet bereits im August 2025. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass der Gesetzgeber bis zu diesem Zeitpunkt über den Fortbestand der Biogasumlage (etwa durch eine Verankerung im EnWG) entscheidet. Die Netzbetreiber benötigen daher etwas mehr Ausführungen zur Übergangszeit bis die GasNEV außer Kraft tritt. In der Festlegung REGENT 2026 oder der GasNEF sollte daher klargestellt werden, dass der Verweis des § 20b GasNEV auf die GasNZV-Vorschriften und die damit angeordnete bundesweite Kostenwälzung mindestens so lange für Bestandsanlagen fortgilt, bis die GasNEV ausläuft. Ebenso wäre eine Übergangslösung für die Kosten aus der Zahlung von vermiedenen Netzentgelten erforderlich, die nach § 20a GasNEV bisher für die Dauer von 10 Jahren zugesichert wurde. Dies ist dringend geboten, um wenigstens hinsichtlich der Bestandsanlagen weiterhin die Kostenwälzung rechtssicher durchführen zu können. Mittlerweile hat die BNetzA eine Vorkonsultation zur Überführung der GasNEV in eine Festlegung (GasNEF) gestartet. Daher werden wir diesen Hinweis in der Stellungnahme zu dieser Konsultation ebenfalls anbringen.</p>
Tz. 2 lit. a) und lit. d)	§ 36	<p>Die Fernleitungsnetzbetreiber begrüßen die Änderung in einen dynamischen Verweis und die Übernahme der Vermutungsregelung in Orientierung an § 49 EnWG.</p>
Tz. 2 lit. f)	§ 36	<p>Die FNB halten die Orientierung an § 20a GasNEV hinsichtlich der Dauer des Vertrauensschutzes für Netzanschlüsse von 10 Jahren ab Inbetriebnahme für sachgerecht.</p>
Tz. 2 lit. b) erster Satz		<p>Die Begrenzung der Methanemissionen auf 0,2% ist im Hinblick auf die Bezugsgröße technisch nicht eindeutig definiert. Die Regelung ist insofern unklar, als nicht definiert ist, ob hier 1. Volumen-, mol- oder Massen-% gemeint sind und 2. auf welchen als 100% definierten Stoffstrom sich der Grenzwert von 0,2% bezieht: a) Biogasstrom vor der Aufbereitung (Gemisch aus ca. 50% CO₂, ca. 50% Methan und anderen Stoffen), b) ins Netz eingespeister Biomethanstrom (Methan mit einigen Vol% CO₂) oder c) Abgasstrom (CO₂ mit geringem Anteil von CH₄). Es sollte für BGAA, falls nicht schon in anderweitigen Vorschriften geschehen, eine eindeutig definierte Begrenzung der Methanemission festgelegt werden, deren Höhe sich am aktuellen Stand der Technik orientiert.</p>
Tz. 2 lit. b) letzter Satz		<p>Der letzte Satz in Tz. 2 lit. b) "Abweichend von den Anforderungen nach Satz 1 kann das Biogas mit einem höheren Vordruck an den Netzbetreiber übergeben werden." muss in lit. a) am Ende eingefügt werden, da sich die Ausnahme auf Tz. 2 lit. a) Satz 1 bezieht.</p>
Tz. 2 lit. c), d) und lit. e)		<p>In Tz. 2 lit. c), d) und e) sollte ergänzt werden, dass die Kosten, die der Netzbetreiber zu tragen hat, auf die Netzentgelte umgelegt werden dürfen.</p>